

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 103 (2006)
Heft: 4

Rubrik: NachrichtenMix

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SKOS intern

Wir gratulieren zum 90. Geburtstag!

Ruedi Mittner, Präsident der SKOS von 1968 bis 1986 und Ehrenpräsident der SKOS, hat am 4. September 2006 in Chur bei guter Gesundheit seinen 90. Geburtstag gefeiert. Die SKOS gratuliert dem Jubilar herzlich und wünscht ihm im Kreise seiner Familie weiterhin viel Freude und alles Gute! (Jo)



Ruedi Mittner mit Ehefrau Lina Mittner und den Töchtern Esther Mattle und Ruth Wolf (v.l.)

Bild: ZVG

Dolmetschen für das Gemeinwesen

Integration gelingt vor allem dann, wenn sich Menschen verständigen können. Von Zugewanderten wird deshalb erwartet, dass sie möglichst rasch Deutsch lernen. Der Spracherwerb braucht jedoch Zeit. In dieser Übergangsphase springen Dolmetscherinnen und Dolmetscher ein und sorgen dafür, dass die Kommunikation auch in komplexen Situationen funktioniert. Die Caritas Luzern führt deshalb im Auftrag der sechs Zentralschweizer Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug einen Dolmetschdienst. Auf Anfrage werden qualifizierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher einge-

setzt, um bei belastenden Situationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales unterstützend zu vermitteln. Diese Tätigkeit heisst im Fachjargon «community interpreting» – Dolmetschen im Gemeinwesen. Das Bundesamt für Migration und die sechs Zentralschweizer Kantone tragen je zur Hälfte die Strukturkosten des Dolmetschdienstes. Mit diesem Entscheid haben sich die Kantone für gleiche Anstellungsbedingungen, für Übersetzungsqualität und für eine einheitliche Tarif- und Honorarregelung ausgesprochen. Der Dolmetschdienst wird in rund 40 Sprachen zu einem Tarif von 55 Franken pro Stunde plus Spesen von maximal 30 Franken angeboten. Die ganze Administration von der Suche nach Dolmetsche-

rinnen und Dolmetschern bis zur Lohnauszahlung erledigt die Caritas Luzern.

Weitere Infos: www.dolmetschdienst.ch

Steuerfreies Existenzminimum

Der Nationalrat hat während der Herbstsession in Flims der Steuerbefreiung des Existenzminimums zugestimmt. Er hat eine entsprechende Initiative der Sozial- und Gesundheitskommission mit 112 gegen 46 Stimmen überwiesen. Die Steuerbefreiung des Existenzminimums gilt als zentrales Element im Kampf gegen die Armut. Zudem sollen damit negative Anreize für jene Personen beseitigt werden, die heute aus Steuergründen auf die Annahme einer Arbeit verzichten. Die aktuelle Vorlage greift nicht in die Tarifautonomie der Kantone ein. Diese können das Existenzminimum beziehungsweise den Beginn der Steuerpflicht weiterhin selbst festlegen. Der Bundesrat unterstützt den Vorstoss, will ihn aber noch in die Vernehmlassung zu den Kantonen schicken. In der Wintersession geht die Vorlage in den Ständerat. (mb)

Siehe auch S. 14: «Der Bund kann sich vor diesem Problem nicht mehr drücken»

Freiburg: Leistungen einheitlich berechnen

Der Kanton Freiburg leistet Pionierarbeit: Er will ein einheitlich massgebendes Einkommen (EME) für bedarfsabhängige Sozialleistungen einführen und damit das kantonale System vereinfachen. Angestrebt wird eine einzige Berechnungsmethode für sämtliche bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Zu diesen zählen beispielsweise die Sozialhilfe, die kanto-

nalen Mutterschaftsbeiträge und die Beiträge an die Verbilligung der Krankenkassenprämien. Heute werden die rund 150 000 jährlichen Gesuche von fünf verschiedenen Verwaltungsdiensten geprüft. Mit der Einführung des EME soll eine gemeinsame Datenbank errichtet werden. Geplant ist weiter, dass der Zugang zu den Verwaltungsdiensten auf eine Anlaufstelle reduziert wird. Diese Reform soll mehr Transparenz und Gerechtigkeit für die Betroffenen schaffen. Sie wird voraussichtlich im Jahr 2012 abgeschlossen sein und rund 2,9 Millionen Franken kosten. (pd)

Winterthur führt Teillohnjobs ein

Nach der Stadt Zürich lanciert auch Winterthur ein Teillohnjob-Projekt. Im Rahmen eines Pilotversuchs sollen 10 bis 20 Teillohnjobs für ausgesteuerte Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler geschaffen werden. Die Stadt möchte diese Stellen direkt in der Wirtschaft ansiedeln und sucht deshalb die Zusammenarbeit mit Unternehmen. Die KMU-Vertreter haben sich bereits positiv zum Projekt geäußert und sind grundsätzlich bereit, solche Stellen zu schaffen. Im Endausbau soll es mindestens 100 solche Teillohnjobs geben, wobei der grösste Teil davon direkt von der Stadtverwaltung angeboten würde. (pd)



Integration durch Arbeit: Auch Winterthur will Teillohnjobs schaffen.

Bild: Keystone

Arbeitsintegration: Städteinitiative nimmt Stellung

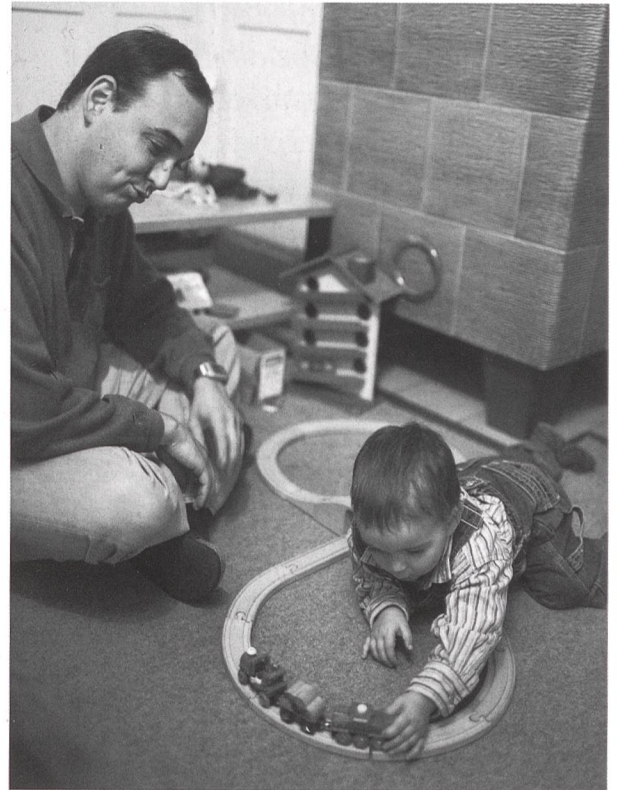
Die Städteinitiative Sozialpolitik hat ihre diesjährige Herbstkonferenz dem Thema Arbeitsintegration gewidmet. Im Zentrum stand die Frage: «Was braucht es, damit sozialhilfebeziehende Personen einen Platz im Arbeitsmarkt erhalten?» Die soziale Grundsicherung werde zunehmend von den Sozialversicherungen zur Sozialhilfe und damit zu den Kommunen verschoben, so dass diese mit dem Auftrag der beruflichen Integration stark gefordert seien, schreibt der Verband in einer Medienmitteilung. Die Städteinitiative ruft deshalb die Kantone, den Bund und die Wirtschaft dazu auf, die Gemeinden und insbesondere die stark belasteten Städte bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen. (pd)

Referate der Konferenz:
www.staedteinitiative.ch

Ehrentag für Väter

Auch die Schweiz bekommt einen Vatertag. Der Dachverband der Männer- und Väterorganisationen «männer.ch» führt am 17. Juni 2007 zum ersten Mal einen Vatertag durch. Dabei handle es sich nicht um eine Kopie des Muttertags, sondern vielmehr um einen

Vater-Kind-Tag, teilte der Dachverband mit. Der Tag solle die Vaterschaft zum Thema haben. In einer Zeit, in der sich die traditionellen Rollenbilder auflösen, sei die Auseinandersetzung mit dem Vatersein nötig. (pd)



An einem Tag im Jahr soll die Vaterschaft im Zentrum stehen.

Bild: Keystone

SKOS-RICHTLINIEN

Keine Teuerung für 2007

Die SKOS hat beschlossen, für das Jahr 2007 keinen Teuerungsausgleich auf die Berechnung der Richtlinien vorzunehmen. Sie stützt ihren Entscheid auf das Bundesamt für Statistik ab, das den SKOS-Index – die Teuerungsentwicklung des SKOS-Warenkorbes – für 2006 berechnet hat. Die Preisentwicklung der im Grundbedarf enthaltenen Posten beläuft sich auf knapp 0,8 Prozent. Sollte die Teuerung im Jahr 2007 weiter steigen, müsste für 2008 eine Anpassung der Richtlinien ins Auge gefasst werden.